

Martina Munz, Nationalrätin

Parlament erkennt den Ernst der Lage nicht

Intro

Auch in Schaffhausen spürt die Bevölkerung die schwindende Kaufkraft. Lebenswichtige Güter wie Energie, Miete und Krankenkassenprämie steigen. Familien und der tiefere Mittelstand sind betroffen.

Die Renten und Löhne halten mit der Kostentwicklung nicht mit. Trotzdem will das Parlament Haushalte mit tieferen Einkommen nicht entlasten. Bei den Mieten ist der Handlungsbedarf sehr gross. In der zu Ende gehenden Legislatur hat die Immobilienbranche viel Einfluss im Parlament geltend gemacht, obwohl rund zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung Mieterinnen und Mieter sind.

Als der Referenzzinssatz sank, hätten auch die Mieten sinken müssen. Mieterinnen und Mieter zahlten aber in den letzten 15 Jahren 78 Milliarden Franken zu viel Miete, allein im Jahr 2021 waren es mehr als 10 Milliarden Franken. Dieses Geld fehlt den Familien in der Haushaltskasse. Das Bundesamt für Wohnungswesen warnt, dass bis 2024 die Mieten um 15 Prozent steigen. Viele Menschen kommen so an ihre Schmerzgrenzen, kleine Einkommen müssen bis zu 40 Prozent fürs Wohnen aufwenden.

Im Parlament wurde keiner der eingereichten Vorstösse zugunsten der Mieterinnen und Mieter angenommen. Das Mietrecht wurde während der ganzen Legislatur frontal angegriffen. Das Kündigungsrecht wurde gelockert und die Anwendung der Marktmiete vereinfacht. Diese verdrängt systematisch die gesetzliche Kostenmiete und ist auf maximale Rendite ausgerichtet. Im ausgetrockneten Wohnungsmarkt ist sie der Treiber für explodierende Mieten.

Und auch in dieser Session steht das Mietrecht weiter unter Druck. Der Ständerat wird zwei Vorlagen zur erleichterten Kündigung behandeln, die trotz Ablehnung durch den Bundesrat sehr wahrscheinlich durchkommen werden. Auch die Erleichterung von Mietzinserhöhungen wird voraussichtlich durchgewinkt.

In Zeiten von Wohnungsnot, explodierenden Mieten und schwindender Kaufkraft ist nicht nachvollziehbar, warum die Mehrheit des Parlaments der Immobilienbranche nähersteht als der Mehrheit der Bevölkerung. Gegen diese massive Schwächung des Mietrechts muss die Bevölkerung das letzte Wort haben. Das Referendum ist so gut wie sicher.

Nebst den steigenden Mieten schwingen die Krankenkassenprämien im Sorgenbarometer der Bevölkerung oben auf. Auch im nächsten Jahr werden die Prämien wieder massiv steigen. Eine Familie mit zwei Kindern zahlt mittlerweile über tausend Franken monatlich für Krankenkassenprämien. Die SP hat deshalb die Prämientlastungs-Initiative eingereicht: Kein Haushalt soll mehr als 10 Prozent des Einkommens für Krankenkassenprämien zahlen. Der Nationalrat erkannte die Not der Menschen und hat einen wirksamen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Niedrige und mittlere Einkommen könnten damit rasch und wirksam entlastet werden. Der Ständerat erkennt den Handlungsbedarf nicht: zu teuer! Darauf schwenkte der Nationalrat um und versenkte den eigenen Vorschlag. Die Prämientlastungsinitiative kommt nun vors Volk und hat gute Chancen angenommen zu werden, denn der Leidensdruck der Bevölkerung ist gross. In 17 Kantonen wurde in den letzten Jahren bei der Prämienverbilligung gespart. Während der Bund seinen Anteil der Prämienverbilligungen jedes Jahr wenigstens an die Kostenentwicklung anpasst, machen die meisten Kantone das Gegenteil: sie kürzen die Verbilligungen. Die Prämienbelastung stieg in diesen Kantonen bis auf 20 Prozent des Einkommens! Im Kanton Schaffhausen konnte diese Entwicklung durch Volksabstimmungen verhindert werden. Die Schweizer Bevölkerung wird wohl den Entscheid des Parlaments in der Volksabstimmung korrigieren.